



Otfried Höffe

Für ein Europa der Bürger!

Den Europa-Diskurs erneuern

VERLAG KARL ALBER



Otfried Höffe

Für ein Europa der Bürger!

Den Europa-Diskurs erneuern

VERLAG KARL ALBER





Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-495-99872-4 (Print)

ISBN 978-3-495-99873-1 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Verlag Karl Alber – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier (säurefrei). Printed on acid-free paper.

Besuchen Sie uns im Internet
verlag-alber.de

*Für Cosima, Philippa und Valentin, Leonore, Carlotta
und Josefine:
daß unsere Enkel ein bürgerfreundliches
Europa erleben.*

Vorwort

Zur Neuauflage

Dem Verleger des Nomos Verlages, Martin Hähnel, danke ich für diese Neuauflage. Sie bietet meinem Europa-Essay die Möglichkeit zu knappen Aktualisierungen, wie sie namentlich der Überfall Russlands auf die Ukraine erforderlich macht. Überdies erlaubt sie, wenn auch nur im Vorübergehen, jene sachfremd scharfe Kritik von Wilfried Loth zurückzuweisen (Frankfurter Allgemeine, 19. Mai 2020), über die in einem Leserbrief der Zürcher Politische Philosoph Georg Kohler »nur den Kopf schütteln« konnte (Frankfurter Allgemeine 6. Juni 2020). Denn wie könne der Rezensent übersehen, daß Otfried Höffes Essay die umfassende europäische Idee vorstelle, ohne deshalb wie viele Europaenthusiasten das »Mißvergnügen vieler Menschen mit »Brüssel« verdrängen zu müssen.

Tübingen und München im Sommer 2022

Zur Erstauflage

Seit der Friedensnobelpreis im Jahr 2012 an die Europäische Union verliehen wurde, ist der ganzen Welt bewußt, wovon aufmerksame Beobachter schon seit langem überzeugt waren: daß die allmähliche Fortbildung europäischer Zusammenarbeit zur Europäischen Union eine herausragende Leistung darstellt, die vermutlich die größte politische Innovation ist, die die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt. Der Sinn dieser Entwicklung läßt sich jedoch nicht, wie vielerorts behauptet, auf einen einzigen Zweck festlegen. Auch wenn in Festreden der Friede gern als Leitzweck beschworen, vielleicht noch um Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand für alle ergänzt wird, bricht sich dieses Trio von Friede, Recht und Wohlstand an der weit facettenreicheren europäischen Wirklichkeit. Über Europa kann man nun tagespolitisch nachdenken. Dann erscheint unser Kontinent als menschlich, also nicht bloß mit objektiven Schwierigkeiten konfrontiert, sondern auch von Habsucht, Ehrsucht und Herrschsucht heimgesucht, überdies durchsetzt von Neid und Eifersucht, gelegentlich sogar Bosheit. Ebenso menschlich ist die Fähigkeit, über Alltagsplagen hinauszudenken, eine Vision zu entwerfen, um mit Hilfe der Vision, sofern sie erfahrungsgesättigt ist, die »harten Bretter« der Tagespolitik durchbohren zu lassen. Dieser Versuch wird hier unternommen: Vorschläge für und Erfahrungen mit Europa zu reflektieren und zu einer realistischen Vision fortzuentwickeln, vorgenommen von einem Philosophen zwar, der sich aber auch in den einschlägigen Einzelwissenschaften kundig macht und vor allem sich als Bürger engagiert. Der hier vorgelegte Essay versteht sich daher als Beitrag zu einer wahrhaft politischen Philosophie.

Vor etlichen Jahren habe ich in Zeiten der Globalisierung für eine Weltrechtsordnung, pointierter, für eine föderale und subsidiäre Weltrepublik plädiert. Schon damals schloß der Vorschlag großregionale Zwischenstufen wie die Europäische Union ein. Diese Studie nimmt die Zwischeninstanz genauer unter die Lupe. Sie bestreitet nicht, daß Europas Hauptaufgabe nach dem Zweiten Weltkrieg wie angedeutet in der Sicherung eines Friedens besteht, der ein Leben in Freiheit ermöglicht, daher nach einem von Grund- und Menschenrechten bestimmten Recht verlangt, um die über Jahrhunderte nicht überall durchgehend, aber doch immer wieder verfeindeten Völker miteinander zu versöhnen und ihnen – bei entsprechender Anstrengung! – einen für alle offenen wachsenden Wohlstand zu bescheren.

Diese Studie erkennt den Rang und das Gewicht dieser drei Leitgedanken an. Sie ergänzt sie jedoch um zahlreiche weitere Gesichtspunkte, da ohne sie Europas politischer und kultureller Reichtum nicht annähernd sachgerecht erörtert wird.

Mit entsprechenden Fragen befasste ich mich seit vielen Jahren: in Vorträgen und Zeitungssays sowie in neun Symposien, die ich im Laufe von vier Jahren mit Andreas Kablitz im Arbeitskreis der Fritz-Thyssen-Stiftung »Europa – politisches Projekt und kulturelle Tradition« veranstaltet habe. Es fehlte allerdings, was weder Vorträge und Zeitungssays noch einzelne Symposien leisten können und wollen: ein systematischer Versuch. Im Gegensatz zu zahlreichen Engführungen des Themenfeldes, insbesondere zur Verkürzung unseres Kontinents auf eine wirtschafts- und finanzpolitische Zweckgemeinschaft, soll Europa hier in jener Vielfalt betrachtet werden, die diesen Kontinent auszeichnet. Nach der Grundthese konstituiert sich Europa durch ein kulturelles Erbe, das gemäß einem weiten Verständnis der Kultur selbstverständlich das Recht und die Politik, die Wirtschaft und die Welt von Wissenschaft, Medizin und Technik mit dem Ziel einschließt, technokratische Vorschläge von Krämerseelen durch eine veritable Vision, durch ein Europa für seine Bürger, zu ersetzen.

Dieser Vision liegt eine Leitthese aus zwei ineinander greifenden Stufen zugrunde. Um legitim zu sein, halten moderne Gemeinwesen zwei Grundgedanken für unverzichtbar und unverhandelbar, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Gemäß der ersten Stufe der Leitthese lassen sich die beiden Grundsätze nicht, wozu die derzeitige Union tendiert, in einem bürokratisch zentralisierten Verbund von mehr und mehr entmachteten Einzelstaaten verwirklichen, die man, nicht ganz sachgerecht, auch Nationalstaaten nennt. Es kommt vielmehr weit stärker auf die Letztbetroffenen und Letztentscheidenden, die Bürger, an. Ihretwegen müssen die bislang allein bekannten Primärgestalten rechtsstaatlicher Demokratie, die Einzelstaaten, trotz vielfacher europäischer Gemeinsamkeiten zumindest derzeit ihre konkreten Eigenarten behalten dürfen.

Nach der zweiten Stufe der hier vertretenen Vision dürfen die Gemeinsamkeiten Europas sich durchaus erweitern, verdichten und verstärken. Wie das reflexive »sich« aussagt, muß dieser Prozeß aber von den Bürgern und ihren Staaten, zusätzlich von bürger- bzw. zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, insofern »von unten« und freiwillig erfolgen. Er darf jedenfalls nicht »von oben«, weder von Brüssel, der Europäischen Kommission, noch von Luxemburg, dem

Europäischen Gerichtshof, und auch nicht vom Europaparlament in seiner derzeitigen Wirklichkeit erzwungen werden. Dabei wird sich zeigen, so die zweite Stufe dieser Vision, daß die Bürger, ihre Staaten und ihre Bürgergesellschaft gut beraten sind, nicht leichtfertig auf ihre Eigenarten zu verzichten und den maßgeblichen Ort ihrer Selbstregierung, den Einzelstaat, aufzugeben. Es versteht sich, daß der Stachel des Nationalismus den Nationen zu nehmen ist. Sie deshalb abzuschaffen und an Stelle der den Kontinent bereichernden Verschiedenheit eine europäische Supranationalität aufzubauen, widerspricht einem Europa, das stolz darauf ist, seinen Bürgern zu dienen.

Ich danke für zahllose Anregungen meinem Kollegen und Freund Andreas Kablitz, ferner für hilfreiche Kommentare meinem langjährigen Mitarbeiter beim Thyssen-Europa-Arbeitskreis, Moritz Hildt, nicht zuletzt der Fritz Thyssen-Stiftung und dem Tübinger Unibund für ihre wieder einmal großzügige finanzielle Unterstützung.

Tübingen im Winter 2019/20

Otfried Höffe

Inhaltsverzeichnis

Ukraine: Den Europa-Diskurs erneuern	17
1 Zur Einführung: Erfolgsmodell und Tiefenkrise . . .	23
1.1 Erfolgsmodell	24
1.2 Tiefenkrise	25
1.3 Strukturprobleme	30
1.4 Bürgerunion statt Elitenprojekt	33
1.5 Grundlegende Reform!	37
Erster Teil Das politische Projekt	41
2 Geographie oder Geschichte und Kultur?	45
2.1 Die Kultur transzendiert die Geographie	45
2.2 Zeus raubt eine phönizische Königstochter	47
2.3 Eigentümlichkeiten	49
2.4 Statt Krieg jetzt Wettstreit	53
2.5 Exkurs: Deutschland bändigen?	57
3 Pflichteuropa oder Wahleuropa?	61
3.1 Wider die Vertreibung europäischer Staaten aus dem Europa-Diskurs	61
3.2 Ein europäischer Gesellschaftsvertrag	64
3.3 Pflichteuropa	69
3.4 ... und Wahleuropa	72
3.5 Erfolgskriterien	75

4 Europa als Heimat?	79
4.1 Das Problem	79
4.2 Ein aufgeklärter Heimatbegriff	81
4.3 Minimale, mittlere und optimale Heimat	85
5 Gemeinsame Grundwerte?	91
5.1 Rangstufen	91
5.2 Welche Grundwerte?	93
5.3 Mehr als nur Grundwerte	100
5.4 Recht auf Differenz	100
6 Europäische Bürgeridentität?	105
6.1 Ein komplexes Phänomen	105
6.2 Eine Entgrenzung	107
6.3 Erneut: Recht auf Differenz	109
7 Wo bleiben Rechtsstaat und Demokratie?	111
7.1 Das wahre Demokratiedefizit	112
7.2 Justiz	117
7.3 Finanzpolitische Rechtsverletzungen: Die Währungsunion	120
7.4 Politik statt Recht?	123
8 Europäische Öffentlichkeit?	125
8.1 Wo bleiben europäische Medien?	125
8.2 Vier Exklusionen	128
8.3 Mehrsprachigkeit	130
8.4 Mehr direkte Demokratie	132
8.5 Die kleine Öffentlichkeit	133

Zweiter Teil Der kulturelle Reichtum	135
9 Ein alternatives Haus der Europäischen Geschichte	139
10 Sprache, Literatur und Philosophie	143
10.1 Vielheit und Einheit	143
10.2 Philosophie der Dichtung	148
10.3 Von Platon über Aristoteles zu Kant	149
11 Recht und Gerechtigkeit	153
11.1 Ein sprechender Mythos	154
11.2 Der Weg zum Rechtsstaat	156
11.3 Positives Recht und Naturrecht	158
11.4 Herrschaftslegitimation und Menschenrechte	159
11.5 Gesetzesrecht oder Richterrecht?	161
11.6 Rechtsverletzungen der Union	163
11.7 Demokratie ohne Liberalismus?	164
11.8 Die Gegenkultur: Kriege, Bürgerkriege und Kolonialismus	167
12 Wirtschaft und Finanzen	171
12.1 Was ist europaspezifisch?	171
12.2 Gemeinwohl durch Selbstinteresse?	173
12.3 Ein Blick auf den Kapitalismus	177
12.4 Wirtschaftlicher Fortschritt	180
12.5 Grenzen des Marktes	181
12.6 Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft?	182
13 Wissenschaft mit Technik und Medizin	187
13.1 Ein universales Phänomen	187
13.2 Eigentümlichkeiten Europas	191
13.3 Interessengebunden?	193

13.4	Befreiung und neue Fesseln	194
13.5	Forschungsethik	196
14	Religion	201
14.1	Idiophobie?	201
14.2	Religion	203
14.3	Toleranz oder Gleichgültigkeit?	204
14.4	Säkularisierung	210
14.5	Wie christlich ist das Abendland?	212
14.6	Gehört der Islam zu Europa?	218
15	Musik	223
15.1	Eine Weltsprache	223
15.2	Ist Europas Musik einzigartig?	224
15.3	Weltweite Präsenz	226
15.4	Das »Phänomen Bach«	228
15.5	Ein Blick in die Geschichte	230
15.6	Globalisierungsfähigkeit	232
15.7	Neugier auf das Fremde	237
16	Baukunst, Malerei und Visualisierung in der Philosophie	241
16.1	Architektur als Ingenieurskunst	241
16.2	Religiöse Kunst: Europa als Ausnahme	242
16.3	Visualisierung von Philosophie	248
16.4	Visuelle Begrifflichkeiten	251
17	Aufklärung	257
17.1	Allgemeinmenschlich	257
17.2	Die Epoche der Aufklärung	260
17.3	Exkurs: Kritische Hermeneutik	262

Dritter Teil Die Vision: Ein Europa der Bürger	267
18 Das angebliche Vorbild: USA	271
18.1 Ein Vorbild?	271
18.2 Unterschiede	272
18.3 Ein schleichender Staatsstreich	274
19 Geeignete Vorbilder	279
19.1 Ein Europäer ohne Hochmut: Immanuel Kant	279
19.2 Wettstreit – in Frieden	281
20 Subsidiarität	285
20.1 Das Prinzip	285
20.2 Politische Erfordernisse	287
20.3 Drei Kriterien	289
20.4 Freiheit und Haftung	292
21 Gibt es schon eine europäische Identität?	295
21.1 Wie entsteht kollektive Identität?	295
21.2 Gibt es sie in der Union?	297
21.3 Mehr Demokratie	299
22 Kosmopolitisch ...	303
22.1 Eine sanfte Expansion	303
22.2 Drei Muster	304
22.3 Tatsächlich sanft?	307
23 ... und regional	309
23.1 Die Gegenrichtung	309
23.2 Regionale Verbünde	310

24 Bilanz: Zehn Thesen für ein Europa der Bürger . . .	313
---	------------

Literatur	323
----------------------------	------------

Ukraine: Den Europa-Diskurs erneuern

Putins rechts- und völkerrechtswidriger Angriff auf einen souveränen Staat, die Ukraine, hat die Welt und besonders, sowohl wegen der geographischen Nähe als auch der politisch-kulturellen Verwandtschaft, Europa grundlegend verändert. Ein Kontinent, in dem West-, Nord- und Westmitteleuropa mehr als 75 Jahre in jenem Frieden lebt, der seit mehr als 30 Jahren auch im Rest des Kontinents herrscht, wird aus dieser Lage, der in politischer Hinsicht allein menschenwürdigen Situation, schonungslos und rücksichtslos herausgerissen. Betroffen sind allerdings nicht alle europäischen Länder. Der Anfang eines Weltkrieges findet glücklicherweise nicht statt. Aber ein Land, eben die Ukraine, ist zum Opfer eines brutalen Angriffskrieges geworden.

Die Hilfe, die die Ukraine in dieser Situation bitter nötig hat, überdies rundum verdient, besteht naturgemäß als erstes in militärischer, medizinischer und finanzieller, auch in emotionaler, sozialer und medialer Unterstützung. Nur in Klammern: Sie sollte allerdings überhaupt nicht, aber schon gar nicht mit Verbalattacken eingefordert werden. Hilfe muß man erbitten und, wo sie erfolgt, »mit Dank und Anerkennung«, wie man traditionell sagt, beantwortet werden.

Da Putins Angriff offensichtlich Völkerrecht verletzt, wäre die Hilfe von jedem Staat zu erwarten, der für sich mehr als bloß eine vage Wertschätzung erhofft. Schon die rechtlich-moralische Selbstachtung sollte wenigstens das Minimum von Hilfe, eine Kritik an Rußlands Vorgehen und eine Unterstützung der Sanktionen gebieten. In Wahrheit sind es nicht etwa nur einige kleinere Staaten, die sich diesem Minimum verweigern. Selbst große Staaten wie Brasilien und Indien denken lieber in Machtkategorien, ohnehin China, das zu seinem sozialistischen Brudervolk hält. Daß Putins Krieg das Völkerrecht, also immerhin mehr als lediglich ein moralisches Gefühl, verletzt, fällt für diese Länder nicht hinreichend ins Gewicht.

Europa nimmt aber nicht lediglich das global verbindliche Recht, das Völkerrecht, in den Blick. Diesem Kontinent sind mindestens die eigenen politischen und kulturellen Wurzeln ebenso wichtig. Ihretwegen empfiehlt sich, den Europadiskurs zu erneuern und ihn in

dem thematisch und perspektivisch weiten Horizont zu führen, der von der Sache geboten ist. Auch wenn Eigenlob zu Recht in der Regel peinlich ist, sei es hier in der bescheidenen Weise erlaubt: Keineswegs muß in meinem Europa-Essay jede der Aussagen glaubhaft sein. Überzeugend dürfte aber die dort praktizierte Vielfalt der Themen und Gesichtspunkte sein. Jedenfalls ist die allzu weit verbreitete Verengung des Europadiskurses weder generell noch in der jetzigen durch den Ukrainekrieg angestoßenen Wiederaufnahme der Debatte sinnvoll.

Zu beginnen ist mit dem, was ich in bewußter Pointierung »die Vertreibung europäischer Staaten aus dem Europa-Diskurs« nenne. Allzu gern, zumal von seiten der Europäischen Union, wird Europa auf diese Union verkürzt. Sie ist zwar fraglos ein Erfolgsmodell von weltgeschichtlichem Rang. Das erlaubt aber nicht, Länder, die wie Norwegen und die Schweiz der Union nicht beitreten wollten oder wie Großbritannien aus ihr wieder ausgetreten sind, nicht zu Europa zu zählen. Ebenso gehören zu Europa Länder, die wie jetzt die Ukraine der Union gern beitreten wollen, aber noch nicht aufgenommen sind.

Selbst das schon länger autoritäre, überdies derzeit militärisch aggressive Rußland gehört zu Europa. Dabei kommt es in erster Linie nicht auf den in geographischer Aspekt an, daß ein Teil, übrigens der kleinere Teil zum europäischen Kontinent gehört. Weit wichtiger sind kulturelle Verbindungen, die in beiden Richtungen bestehen: von anderen europäischen Ländern zu Rußland und von ihm aus auf das europäische Ausland. Die Belege sind allzu bekannt: daß zum Beispiel russische Schriftsteller und Intellektuelle vielerorts in Europa gelesen und hochgeschätzt sind, sie nicht zuletzt die Literatur anderer europäischer Länder stark beeinflussen. Das Entsprechende trifft auf russische Komponisten zu, die sich ihrerseits von anderen europäischen Komponisten haben inspirieren lassen. Nicht zuletzt sind die künstlerischen Ausbildungsstätten wie Konservatorien und Ballettschulen und deren Absolventen europa- und weltweit hochbeehrt und vielgefragt.

Schon darin, in dieser wohl einzigartigen kulturellen Vielfalt und wechselseitigen Neugier, beginnen die Besonderheiten, die unseren Kontinent auszeichnen und auf die er zu Recht stolz sein darf. Auch die weiteren Eigentümlichkeiten sind bekannt, zudem als Besonderheiten unstrittig, auch wenn sie weder im Laufe der Geschichte noch gegenwärtig immer praktiziert werden:

Sie beginnen mit einer Staatsform, deren Mitglieder freie und gleiche Bürger sind. Es ist die Demokratie in ihren drei Dimensionen: einer Herrschaft, die vom Volk ausgeht, für das Volk und von ihm ausgeübt wird. Hinzukommen die Rechtsstaatlichkeit, der Gedanke unveräußerlicher Grund- und Menschenrechte sowie die Gewaltenteilung, nicht zuletzt Haltungen wie Rechtssinn und Bürgersinn, aus denen eine kraftvolle Bürgergesellschaft entsteht, sowie eine Toleranz, die keineswegs die eigenen Einstellungen und Überzeugungen aufgibt, sie im Gegenteil, wo sie es für sinnvoll hält, couragiert vertritt und trotzdem andersartige Einstellungen und Überzeugungen aus freien Stücken anerkennt – vorausgesetzt, sie beeinträchtigen nicht das Lebensrecht der anderen und des anderen.

Nicht auf irgendeinem Weg, schon gar nicht mittels Gewalt, sondern nur im Rahmen dieser konstitutionellen Demokratie und mit ihrer Hilfe soll ein Wunschtraum erfüllt werden, den die Menschheit seit jeher hegt: Innerhalb jeden Volkes und zwischen allen Völkern soll ein Friede herrschen, der alle Unterdrückung und Ausbeutung aufhebt und ein allseitiges Wohlergehen ermöglicht.

Dieses Wohlergehen darf man keineswegs bloß, nicht einmal vorrangig, wie gelegentlich behauptet und noch häufiger praktiziert wird, nur materiell verstehen. Selbstverständlich sind Hunger und Armut zu überwinden. Insgesamt ist aber nicht bloß ein wirtschaftliches, sondern auch ein gesellschaftliches, politisches und facettenreiches wissenschaftliches und kulturelles Wohlergehen gesucht.

Aus diesem Grund beschränkt sich mein Europabuch nicht auf das politische Projekt. Und selbst bei ihm kommt es auf mehr als lediglich die Union an. Kaum minder bedeutsam ist die Frage, wie Europa für seine Bürger eine Heimat, freilich in einem aufgeklärten Sinn, sein kann. Ferner, wie Europa seine Einheit nicht in einer unterschiedslosen Homogenisierung, sondern »mit einem Recht auf Differenz« verwirklichen kann. Nicht zuletzt braucht es eine wahrhaft europäische, nicht etwa auf wenige wirtschaftliche und politische Eliten verkürzte Öffentlichkeit.

Auch wenn mein Essay beim politischen Projekt anhebt, bleibt es dort nicht stehen. Vielmehr legt er Wert auf den kulturellen Reichtum. Dieser beginnt mit der Sprache, Literatur und Philosophie. Dem schließen sich Recht und Gerechtigkeit an, danach die Welt der Wirtschaft und Finanzen, die Wissenschaft einschließlich der Medizin und der Technik. Vergessen darf man nicht, trotz ihrer abnehmenden Bedeutung, die Religion, ohnehin nicht die wirkliche Weltsprache,

die Musik, schließlich nach der Baukunst und der Religion die Aufklärung.

Für den dritten Teil, die Vision eines Europas der Bürger, liegt die Bedeutung für einen wegen des Ukrainekrieges zu erneuernden Europa-Diskurs auf der Hand: Ohne das Prinzip der Subsidiarität und den sowohl kosmopolitischen als auch regionalen Charakter Europas kann es keinen auch für die Ukraine auf Dauer erfolgreichen Europa-Diskurs geben.

Für das angedeutete vieldimensionale Wohlergehen braucht es in all diesen Bereichen, nicht etwa nur in der Wirtschaft, sondern auch in Politik, Wissenschaft und Kultur, jene Sozialform, die Anstrengung, Kreativität und Originalität fördert, mehr noch: Sie provoziert, also den freien Markt. Es versteht sich, daß er, seiner Grenzen und Gefahren wegen, in zwei teils ergänzende, teils korrigierende Sozialformen einzubinden ist: in den Rechtsstaat, der etwa den Gefahren von Korruption und Nepotismus entgegenwirkt, und den Sozialstaat, der allen Bürgern jenes Minimum an materieller Unterstützung bietet, die menschenwürdig zu leben erlaubt. Zu einer die Eigenverantwortung einschränkenden Fürsorgestaatlichkeit soll es dabei nicht kommen.

Offensichtlich ist für all diese Besonderheiten zunächst jeder Staat selber verantwortlich. Andere können den betreffenden Staat motivieren, sogar ein wenig drängen. In erster und letzter Instanz ist aber jeder Staat selber zuständig: von sich selbst aus gesehen sowohl wegen seiner Selbstachtung als auch seiner Souveränität. Ihretwegen, und damit kommt zugleich die Außenperspektive ins Spiel, verbittet man sich gewaltsame Eingriffe von anderen, die wiederum, sofern sie gemäß europäischen Werten, nämlich als konstitutionelle Demokratien, gewaltsame Eingriffe gegen andere ausschließen. (Die etwaige Ausnahme, eine humanitäre Intervention, kann hier beiseite bleiben.)

Diese Überlegung hat eine Folge, die in der jetzigen Debatte, inwieweit die Ukraine zu Europa gehört, von fast allen Seiten unterschlagen, zumindest unterschätzt wird. Die Frage, ob die Ukraine zu Europa gehört, entscheidet das Land grundsätzlich selber: Ist es zu einer konstitutionellen Demokratie mitsamt deren Rechts- und Sozialstaatlichkeit sowie Gewaltenteilung, nicht zuletzt deren Bürgergesellschaft und deren Toleranz bereit und fähig?

Europa, eine weitere Eigenart, auf die der Kontinent durchaus stolz sein darf, ist in vielen Hinsichten ein Schmelztiegel der Kulturen, allerdings nicht der Sprachen, auch wenn manches Land, nicht zuletzt die Grande Nation, im Laufe der Jahrhunderte eine Sprache den ande-

ren Regionen aufgezwungen hat. Es darf durchaus eine Lingua franca geben. Mindestens ebenso wichtig ist, daß die Bürger jedes (!) Landes eine Fremdsprache aktiv und eine zweite passiv zu beherrschen lernen. Ob die Ukrainer wegen des Angriffs von Rußland gegen dessen Sprache derzeit zurückhaltend sind, muß ihnen überlassen bleiben. Die russische Kultur, etwa der angedeutete Reichtum an großen Schriftstellern und Komponisten, der zweifellos zum unaufgebbaren Teil Europas gehört, sollten sie aber weder abwerten noch aus ihrem Land verbannen.

Ein Punkt der europäischen Besonderheiten verdient eine emphatische Betonung. Er ist vor allem für ein Land erforderlich, in dem lange Zeit die pazifistische Devise »Nie wieder Krieg!« prominent war, als ob die Unlust, sich nicht einmal zu verteidigen, ehrenwert sei, überdies Kriege wie Putins Angriff auf die Ukraine verhindern könnte. Die Ergänzung oder Fortsetzung lautete bekanntlich »Lieber rot als tot«, hier und heute also lieber sich dem russischen Diktator zu unterwerfen, als um sein Überleben zu kämpfen. In dieser Hinsicht muß sich mancher sogar schämen: Wem seine politische und kulturelle Eigenart und Eigenständigkeit wichtig ist, der zeigt Courage statt Feigheit und kämpft dafür. Und dies tut er exemplarisch für Europa und dessen Grundwerte. Denn seit der Schlacht von Salamis (480 v. Chr.) war es den freiheitlichen Demokratien, hier des klassischen Griechenlands, wichtig, sich nicht fremden Großmachtplänen zu unterwerfen. Dabei geht es heute nicht lediglich um einen Einspruch gegen einen ausländischen Eroberer. Ukraines brutaler Feind, Putin, will mit der Erweiterung seines Territoriums zugleich den Grundgedanken und die Staatsform des Westens, die freiheitliche Demokratie, angreifen.

Indem sich die Ukraine dem verweigert, indem sie sich für die politische und kulturelle Selbstbehauptung, also für mehr als nur ein animalisches Überleben kämpft, zeigt sie »handgreiflich« und für alle Europäer sichtbar und erlebbar: Die Ukraine gehört zu diesem, unserem Kontinent.

1 Zur Einführung: Erfolgsmodell und Tiefenkrise

Die Grundfrage, was unseren Kontinent auszeichnet, läßt sich schon methodisch gesehen nicht leicht beantworten. Denn Europa ist kein mathematischer Gegenstand, der wie ein geometrischer oder arithmetischer Begriff im Anschluß an eine Definition wohlabgegrenzt vorliegt. Ebenso wenig ist Europa in dem Sinn ein wissenschaftliches Objekt, daß es wie etwa beim Recht oder bei der Demokratie ein hinreichend klares Vorverständnis gibt, das dann zu entfalten wäre.

Europa ist vielmehr ein geschichtliches, dabei nicht auf der Hand liegendes Phänomen. Infolgedessen pflege man eine typisch europäische Tugend, die Neugier, und begeben sich – erste Seite der Neugier – auf eine Entdeckungsfahrt in die Geschichte. Hier sieht man rasch, daß Europa viel größer und in beidem, in Kontinuitäten und Diskontinuitäten, weit spannender ist als der jeweils neueste Streit in Brüssel oder Straßburg. Schon deshalb ist für Europa-Debatten ein geschichtliches Denken einzufordern, das über die letzten zwei, drei Generationen hinausschaut und bei dem die Kenntnisse von Daten (der Kriege, Dynastien oder Päpste) zum Unwichtigsten gehören. Wichtiger ist der thematisch nicht eingeschränkte Blick, der sowohl in der Geschichte als auch der Gegenwart die vielen Facetten Europas wahrnimmt, also sowohl Friedens- als auch Kriegszeiten, sowohl Recht als auch Unrecht, ferner Armut und Wohlstand, Kultur, Wissenschaft, Medizin und Technik, nicht zuletzt Philosophie und Aufklärung. Bekanntlich besteht Geschichte nicht bloß aus der Vergangenheit, sondern auch aus der Gegenwart.

Weil diese auf eine Zukunft hin offen ist, die wiederum von Menschen mitgestaltet wird, spielt eine zweite Seite der Neugier eine Rolle: die Vision eines zukunftsfähigen Europas. Dazu gehört aktuell die Aufgabe, ein brutal angegriffenes Land, die Ukraine, schon jetzt als integralen Teil der europäischen Welt wahrzunehmen und das Land, sobald es die Bedingungen erfüllt, in die Europäische Union aufzunehmen.

1.1 Erfolgsmodell

Gemäß einer nur wenig vereinfachten Diagnose bietet Europa ein Doppelgesicht. Drei Generationen nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg und bald 70 Jahre nach der Gründung einer ersten europäischen Gemeinschaft, der Montanunion, darf man, ohne überheblich zu sein, behaupten: Die Europa-Idee ist ein Erfolgsmodell von weltgeschichtlichem Rang, fraglos die in globaler Hinsicht größte politische Errungenschaft seit dem Zweiten Weltkrieg. (Zu deren Geschichte vgl. van Middelaar 2016.)

Ein Kontinent, der seit Zeiten des großen Römerwalls, des Limes, in Großbritannien des Hadrianwalls, sich durch Grenzen definiert, hat seine Grenzen weitgehend aufgehoben. Ein Kontinent, der in wechselnden Freund-Feind-Konstellationen über Jahrhunderte von Kriegen (zum Teil über Jahrzehnte wie der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich und der Dreißigjährige Krieg in Mitteleuropa), von religiösen und politischen Bürgerkriegen, selbst sogenannten Erbfeindschaften gebeutelt wurde, lebt seit vollen drei Generationen im Frieden, allerdings bis zum Mauerfall im Oktober 1989 nur im westlichen Teil. Der Kosovo-Krieg stellt einen Sonderfall dar. Einen weiteren, den Angreifer beschämenden Sonderfall stellt Rußlands Versuch die Ukraine zu erobern dar.

Zu Recht vergessen die betroffenen Völker nicht, daß von Ost-Berlin über Budapest bis Prag und Warschau ihre Aufstände gegen die herrschenden Despoten nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergewalzt wurde. Nicht zuletzt verbindet ein Kontinent, aus dem man bis weit ins 20. Jahrhundert aus Armut oder wegen religiöser und politischer Verfolgung auswandern mußte, jetzt politische Freiheit mit materiellem Wohlstand. Allerdings, das weiß die Philosophie seit der Antike, stellt der Wohlstand lediglich ein Zwischenziel dar. Man lebt nämlich gern »in Wohlstand«, aber nicht »um des Wohlstandes willen«. Zusätzlich zu den drei Elementarzielen, dem Frieden, dem Recht und einem großzügigen Auskommen, wollen die Menschen auch eine wissenschaftliche und insbesondere eine kulturelle Blüte erleben.

Zu Europas Erfolg, der Überwindung von Grenzen, einem dauerhaften Frieden und einer vielfältigen Kooperation mit einem erheblichen materiellen und kulturellen Wohlstand, kommt ein Maß an Recht und Freiheit hinzu, das die Bürger neuer Mitgliedstaaten – man denke an die baltischen Staaten, die ebenfalls Jahrzehnte der

Unterdrückung erlitten hatten – zu enthusiastischen Elogen bewegt (z. B. Ivaškevičius 2017). Die Folge ist bekannt: Der politische Kern Europas, die Europäische Union, ist so attraktiv, daß es trotz der bis jetzt schon großzügigen Erweiterung immer noch Nachbarn gibt, die den Beitritt begehren, und Großregionen außerhalb Europas nehmen sich die Union zum Vorbild.

Auf diese Weise findet eine Missionierung auf die humanste Weise statt: keine Predigt, ohnehin keine Gewalt, sondern eine *show*, aber ohne *business*, nämlich ein bloßes Vor-Zeigen, das der Devise folgt: »Kommet und seht«. Und es kommen nicht bloß Staaten, sondern auch Kulturschaffende und Studenten: aus aller Herren Länder, in wachsender Zahl, mit den Musikhochschulen als den Orten des höchsten Ausländeranteils. Ohne für Europa vielleicht medienwirksam, aber jedenfalls unrealistisch den Superlativ, ein Übergewicht, zu behaupten – ein großes Gewicht besitzt und behält der Kontinent ohne Zweifel.

1.2 Tiefenkrise

Trotz des überwältigenden Erfolges, teilweise sogar seinetwegen, befindet sich Europa in einer Krise, die mit diesem Wort, aber nur mit ihm die Erfolgsgeschichte bestätigt. Der Ausdruck entstammt nämlich einer Geburtssprache Europas, dem Altgriechischen, und ist längst weltweit geläufig, anerkannt sowohl in der Politik, erneut einem aus dem Griechischen stammenden Ausdruck, als auch in den Sozialwissenschaften.

Der Stolz auf diese Herkunft darf die bezeichnete Sache aber weder beschönigen noch verharmlosen: Europa befindet sich in einer Krise, die weit tiefer als jene Dutzende bisheriger Krisen reicht, die am Ende nächtelanger, die Bürger zu Recht nervender Sitzungen schließlich überwunden wurden. Sie reicht auch tiefer als die Krise des Jahres 2005, als zwei Gründerstaaten der ersten europäischen Gemeinschaft, Frankreich und die Niederlande, per Referendum eine Fortentwicklung Europas ablehnten. Bemerkenswerterweise fiel die Ablehnung in dem Gemeinwesen besonders hoch aus, das sich seiner Weltoffenheit zu rühmen pflegt, den Niederlanden. In Staaten wie Deutschland hingegen, deren Politiker froh waren, sich auf keine Volksabstimmung über Europafragen einlassen zu müssen, ist die Zustimmung zu Europa in manchen Jahren eingebrochen, später

freilich wieder gewachsen. In einem der Gründerstaaten, in Italien, herrscht jedoch laut neuer Umfragen eine deutliche Ablehnung der EU vor.

Die heutige wahrhafte Tiefenkrise entspricht einer ursprünglichen Bedeutung des Wortes. Im Altgriechischen kann *krisis* den knapp bemessenen Zeitraum bezeichnen, in dem eine wichtige Entscheidung fällt. In der Medizin ist es die Entscheidung über Genesung oder Verschlechterung, zugespitzt: über Leben und Tod. Die Gesundung Europas entscheidet sich zwar nicht in einem engbegrenzten Zeitraum, bildlich gesprochen: über Nacht. Selbst der Austritt Großbritanniens, der Brexit, zieht sich etliche Jahre hin. Das übliche »crisis as usual« verkennt aber die tatsächlichen Phänomene.

Man darf nicht verdrängen, daß einige Länder den Beitritt zu Europa von vornherein abgelehnt haben. Trotzdem sind sie wie Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz, auch Island, sowohl politisch als auch wirtschaftlich und kulturell gut gefahren. Nach dem Pro-Kopf-Einkommen gehören sie zu den wohlhabendsten Ländern des Kontinents. Neu ist, daß ein Land, ein großes zudem, das Vereinigte Königreich, sich für den Austritt entschieden hat. Hierzu kommt, daß in anderen Ländern trotz wirtschaftlicher und politischer Vorteile die Zustimmung zur Union nicht mehr unangefochten ist. Wegen des zunehmenden Nationalismus, oft sogar Chauvinismus, erhalten vielerorts dezidiert antieuropäische Parteien einen derart starken Zulauf, daß Pessimisten die EU schon für ein großes Jugoslawien halten, also für einen bloß künstlichen Zusammenschluß, der mittlerweile dem Zerfall entgegensteht. Nicht wenigenorts breiten sich Mißtrauen, Polarisierung und Legitimitätszweifel aus. In der Flüchtlingskrise tritt in zahlreichen Staaten ein erheblicher Mangel an Solidarität zutage. Und die Spannungen zwischen einigen Unionsländern reichen so tief, daß Botschafter abberufen werden.

Keineswegs die Gesamtheit, aber doch ein nennenswerter Teil der politischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Führungskräfte macht es sich mit beiden Phänomenen, mit der Tiefenkrise und dem Erstarken nationalistischer Bewegungen, übrigens populistischer Bewegungen auch von Links, zu leicht. Er liebt nämlich ein Totschlag-Argument: Wer immer sich einer Fortentwicklung der Union widersetzt oder auch nur an der bisherigen Entwicklung Kritik übt, wird als Anti-Europäer, zugleich politischer Reaktionär diffamiert. Und wo man Eigenrechte seines Staates verteidigt, vielleicht sogar Rechts- und Souveränitätsverzichte zurücknehmen will, ist abwertend von

einem »regressiven«, gemeint ist »rückwärtsgewandten« Nationalismus die Rede. Realistischer im Sinne von Realitätsnähe ist es, für die Teilnahme an der Union unterschiedliche Leitmotive anzuerkennen. Dazu nur wenige Beispiele:

In Deutschland ist selbst nach drei Generationen gelungener rechtsstaatlicher Demokratie immer noch der Gedanke gegenwärtig, aufgrund seiner Geschichte sollte es auf möglichst viel an Eigenstaatlichkeit verzichten. Frankreich hingegen beansprucht teils ausdrücklich, teils unausgesprochen seit Beginn, wenn nicht in der Wirtschaft, so doch in der Politik, zusätzlich als Atommacht im Militär, nicht zuletzt in der in Brüssel zu pflegenden Sprache einen Vorrang. Polen wiederum genießt zwar die enormen Zahlungen aus Brüssel, will deshalb aber möglichst nichts von der nach Jahrzehnten endlich wiedergewonnenen Souveränität, einschließlich gewisser Sonderwege aufgeben. Auch weiteren neueren Beitrittsländern ist das Wohlstandsversprechen der Union mindestens ebenso wichtig wie die von der Union geforderte Durchsetzung einer rechtsstaatlichen Demokratie. Schaut man auf die Wirklichkeit, ist also die Annahme eines einheitlich gemeinsamen Leitzweckes, sobald man ihn hinreichend konkretisiert, nicht leicht zu finden.

Weitere Gefahren kommen hinzu. Zwei der Großmächte, Rußland und die USA, suchen, um ihre eigenen Interessen zu stärken, Europa zu spalten. Glücklicherweise droht dort, wo die Sorge vor einer »radikalen Renationalisierung« berechtigt ist, eines nicht: daß Europa seine hochgeliebte Friedensperiode aufs Spiel setzt. Auch wenn der Streit mancherorts lieber mit Gewalt als mit Argumenten angefochten wird, überdies der Wert des Friedens, weil allzu selbstverständlich geworden, nicht mehr so hoch geschätzt wird, droht in Europa kein Krieg, weder ein Bürgerkrieg noch ein Krieg zwischen den europäischen Ländern, weshalb man die Gefahr eines Krieges auch nicht an die Wand malen sollte. Selbst dort, wo eine Renationalisierung die Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz, beeinträchtigt, ist der Weg zu den früheren Diktaturen weit. Diese noch vor zwei Jahren zutreffende Diagnose hat Putins Überfall in die Ukraine zur Fehldiagnose gemacht. Glücklicherweise verhält sie jedoch für alle anderen Länder – hoffentlich nicht nur vorläufig – ihr Recht.

Andernorts herrscht eine Europa-Euphorie, die, statt unionskeptische Stimmen ernst zu nehmen, die Staaten der Union auffordert, mehr und mehr ihrer Rechte aufzugeben. Wird damit aber,

ist zu fragen, nicht wieder einmal der zweite Schritt vor dem ersten geplant? Müßten die Bürger nicht zuvor erheblich mehr Gemeinsamkeiten entdecken und das Entdeckte im täglichen Leben real erfahren? Müßten sie nicht nur als Touristen, vielleicht noch als Konsumenten und als Unternehmer, sondern auch als Staatsbürger sich als echte Europabürger empfinden? Denn erst dann können sie sich – wenn es denn überzeugende Gründe gibt – aus vollem Herzen zu Rechts-, sogar zu Souveränitätsverzichtern bereiterklären. Im Gegensatz zur vielerorts dominierenden Engführung ist nämlich die derzeitige Krise Europas nicht bloß eine Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern ebenso eine Krise der Legitimation und des Vertrauens.

Die Vertrauenskrise reicht sehr tief, denn sie betrifft nicht erst die Union als Gemeinschaft, sondern schon die einzelnen Mitgliedstaaten. Obwohl diese sich als Demokratien verstehen, wird nach einer Mehrheit von befragten Bürgern ihre Stimme in der Politik nicht gehört. Weil zwei Drittel sogar der Ansicht waren, »ihre« Regierungen handelten nicht in ihrem Interesse (*Democracy Perception Index* 2018), rückt die Vertrauenskrise in die Nähe einer Legitimationskrise, der zweifellos bedrohlichen Diagnose »Krise der Demokratie«.

Mangelndes Vertrauen ist zwar in erster Linie ein subjektives Phänomen, dem man aus objektiver Sicht diese Beobachtung entgegenhalten könnte: Trotz nicht zu leugnender Mängel und Versäumnisse, wohl auch Irrwegen funktionieren die rechtsstaatlichen Demokratien immer noch in einem hohen Maß und kommen den Interessen ihrer Bürger eventuell zu wenig, aber tatsächlich doch erheblich entgegen. Wenn diese umsichtigere Diagnose zutrifft, dann bleibt den Regierungen und den staatstragenden Parteien, Intellektuellen und Medien der Vorwurf nicht erspart, bei so umstrittenen Problemen wie der Flüchtlingskrise und den Rettungshilfen für hochverschuldete Mitgliedsländer, ferner über Sacherfordernisse und über konkurrierende Probleme oder über nötige Güterabwägungen, nicht zuletzt, was (Macht-)Politiker generell scheuen, über eigene Fehler die Bürger nicht rechtzeitig aufgeklärt zu haben. Einer mündigen Bürgerschaft darf man durchaus die Einsicht zumuten, daß kluge Politik auch einen Charakter von Versuch und Irrtum hat.

Nur ein Beispiel: Statt der selbstgewissen und korrekturreisistenten Behauptung der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel: »Wir schaffen das« wäre die vor- und umsichtigere, zugleich korrekturoffene Aufforderung vernünftig gewesen: »Wir versuchen das«. Die zweite Formulierung (»Wir versuchen es«) erkennt die damalige

Wirklichkeit an, die die erste Formulierung (»Wir schaffen das«) in naiver Zuversicht, vielleicht auch mit einem Beiklang unbewußter Hybris unterschlägt: Wie groß genau der Flüchtlingsstrom sein wird und was genau an finanziellen, administrativen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben auf Deutschland und auf Europa zukommt, läßt sich ehrlicherweise gar nicht abschätzen. Hingegen kann man die Bürger auffordern, besser sogar: bitten, die Aufgabe, obwohl in ihrer Tragweite noch nicht zu übersehen, anzuerkennen und bei der Bewältigung der Aufgabe kräftig mitzuwirken. Im einen Fall werden die Bürger zu etwas gezwungen, wozu weder ihre Meinung noch ihre Bereitschaft gefragt war. Im zweiten Fall wird an ihr Gewissen und ihre Hilfsbereitschaft appelliert. Was mündige Bürger vorziehen, daher demokratiegerechter ist, liegt auf der Hand. Vermutlich ist es langfristig gesehen sogar beides: sowohl erfolgreicher als auch besser für den inneren Frieden.

Nicht zu den geringsten Herausforderungen des Flüchtlingsstroms, die zu Beginn unterschätzt, vielleicht sogar verdrängt wurden, gehört die folgende Frage: Wie läßt sich in Anerkennung des geltenden Rechts, des Dublin Abkommens, zugleich in europäischer Solidarität die Flüchtlingsfrage so lösen, daß die Europäische Union und deren Mitgliedstaaten vollumfänglich Herr über die Union und ihr jeweiliges Land bleiben?

Eine weitere enorme Herausforderung, die ebenfalls derzeit noch nicht bewältigt ist, wirft der Brexit auf: Wie weit verbleibt das Vereinigte Königreich im europäischen Binnenmarkt oder beansprucht aus mindestens vier Gründen seine volle Souveränität: um sich Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zu entziehen, um keine Mitgliedsbeiträge zu bezahlen, um nicht mehr die vier Grundfreiheiten, namentlich die Personenfreizügigkeit, anzuerkennen, und um eigene Handelsverträge abzuschließen.

Angesichts der skizzierten Schwierigkeiten empfiehlt es sich, an eine unbestrittene Leistung zu erinnern. Der wohl größte Erfolg der Union ist wirtschafts-politischer Natur: Er besteht in einem einheitlichen Wirtschaftsraum, in dem sich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen frei bewegen und dank großzügiger Hilfen strukturschwache Länder und Regionen sich, freilich mehr oder weniger gut, entwickeln können. Dieser Erfolg hat der Union erlaubt immer wieder neue innere Spannungen, bislang selbst den heftigen Streit um die Flüchtlingspolitik, zu überleben.